



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/131

Hannover, 27. Oktober 1948

Pressepolitik in Deutschland

Von Friedrich Stampfer

Als einer der ältesten Kämpfer für Demokratie unter den deutschen Journalisten und als überzeugter Anhänger einer echten Zusammenarbeit amerikanischer und deutscher Demokraten halte ich es für meine Pflicht, öffentlich schärfstens Protest zu erheben gegen die Behandlung, die die Presse der Sozialdemokratischen Partei durch die amerikanische Militärregierung erfahren hat und noch erfährt. Für eine demokratische Macht, wie die Vereinigten Staaten, hätte es eine der ersten Aufgaben nach dem Siege sein müssen, die Rechte der Unterdrückten wieder herzustellen und all denen, die vor Hitler in Deutschland für Demokratie gekämpft hatten, den Weg zu neuer Arbeit frei zu machen. Dazu hätte vor allem gehört, dass man der sozialdemokratischen Presse ganz Deutschlands die Möglichkeit des Wiedererscheinens verschafft hätte. Was aber ist in Wirklichkeit geschehen? Die Sieger haben in jeder Zone ihr eigenes Presserecht geschaffen mit dem Ergebnis, dass die sozialdemokratische Presse in zwei Zonen erlaubt und in zwei anderen noch immer verboten ist. Erlaubt ist sie in der englischen und der französischen Zone. Verboten ist sie in der russischen und - man fasst sich an den Kopf - in der amerikanischen Zone.

Entstanden ist dieses Verbot nicht aus bösem Willen, sondern aus einer verhängnisvollen Zwangsläufigkeit. Die Sieger, die nach Deutschland kamen, um es zu regieren, kannten nur die Rechtsverhältnisse, Sitten und Gewohnheiten des eigenen Landes, die sie nun mit aller Gewalt dem fremden Lande aufzupropfen versuchten. Engländer und Franzosen hatten vom Wesen der Parteipresse aus eigener Erfahrung einige Vorstellungen, die Russen kannten sie nur als staatliche Monopolpresse, für die Amerikaner war das parteipolitisch ungebundene kapitalistische Zeitungsgewerbe eine Selbstverständlichkeit. Jede der Mächte versuchte, in ihrem Machtbereich das Pressewesen so zu gestalten, wie sie es aus den heimischen Verhältnissen kannte.

In dem geschlagenen Deutschland konnte jedoch die neue Presse nicht wie in Amerika auf dem Boden freien Wettbewerbs entstehen, sondern sie bedurfte zu ihrem Erscheinen der Erlaubnis der Militärbehörden. Die Presse wurde wieder, wie vor 1848, ein konzessioniertes Gewerbe und geriet in Abhängigkeit von jenen Stellen, die die Konzessionen, oder, wie es jetzt heisst, Lizenzen zu vergeben haben. Wenn das Lizenzsystem

fällt, was in absehbarer Zeit zu erwarten ist, wird die lizenzierte Presse zeitlich und materiell einen gewaltigen Vorsprung vor der neu zu gründenden gewonnen haben. Für die wieder erstehende sozialdemokratische Presse wird der Kampf ums Dasein umso härter werden, je länger ihr Wiedererscheinen hinausgezögert wird. Vielleicht kann danach Mr. James A. Clark von der amerikanischen Militärregierung in Bayern die Erbitterung verstehen, die jeden deutschen Freund der Pressefreiheit angesichts seiner Erklärung vom 21. Oktober erfüllen muss: die Parteizeitungen seien noch immer verboten und jede anders gerichtete Meldung sei eine "Irreführung der öffentlichen Meinung". Zwar nicht in der Absicht, aber in der Wirkung ist das nichts anderes als die Fortführung der Propagandapolitik Adolf Hitlers und Julius Streichers.

Es heisst nun, dass das Lizenzsystem fallen soll, sobald die Länder der amerikanischen Zone mit Pressegesetzen ausgestattet sind. Der Fall des Lizenzsystems ist - je eher, je besser - dringend wünschenswert. Weniger wünschenswert ist der Zustand, der sich ergeben wird, wenn jeder der künstlich geschaffenen deutschen Ländchen sich ein besonderes Pressegesetz zulegt. Alle diese länderweisen Regelungen können nur Provisorien sein, dazu bestimmt, später einer allgemeinen deutschen Regelung Platz zu machen.

Von dem künftigen deutschen Pressegesetz ist vor allem zu verlangen, dass es dem Willen des deutschen Volkes allein entspringen und nicht nach den Direktiven auswärtiger Mächte geformt werden soll. Eine von einer ausländischen Militärdiktatur kommandierte Pressefreiheit hat keine Aussicht auf Bestand. Was aber den Inhalt eines künftigen Pressegesetzes betrifft, so darf die Pressefreiheit nicht oder nicht allein darin bestehen, dass jeder, der Geld hat, eine Zeitung aufmachen oder kaufen darf. Es muss auch die Unabhängigkeit des journalistischen Arbeitnehmers gegenüber dem kapitalkräftigen Verleger geschützt werden. Nicht minder ist es notwendig, die einzelnen Zeitungsunternehmen bis an ihre Wurzeln durchsichtig zu machen und den Leser wissen zu lassen, wer hinter seiner Zeitung steht. Es soll nicht erlaubt sein, Allgemeininteressen vorzuschützen, wo insgeheim Sonderinteressen vertreten werden. In diesem Sinne ist die Zeitung ein Gegenstand des öffentlichen Interesses und soll hinsichtlich ihrer Finanzierung unter öffentlicher Kontrolle stehen.

Der Schutz der Ehre sollte so gestaltet werden, dass dem anständigen Journalisten jede Gelegenheit gegeben wird, voreilig erhobene Beschuldigungen, die als unrichtig erkannt wurden, zurückzunehmen, dass aber der leichtfertigen Verleumder die volle Schwere des Gesetzes trifft. Wer sich Vorbringen einer profitlüsternen Schmutz- und Skandalpresse Widerstand leistet, schützt damit auch die Ehre der Presse selbst.

Unter solchen Vorbedingungen mögen Parteipresse und Geschäftspresse nebeneinander bestehen und sich gegenseitig ergänzen können. Vollkommen ist weder das eine System noch das andere. Droht der Parteipresse die Gefahr des Erstarrens in sektenmässiger Abschliessung und kleinlicher Gehässigkeit, so wohnt der Geschäftspresse die Tendenz inne, im Wettbewerb um den Kunden einen Wettlauf nach unten anzutreten und dem

schlechtesten Geschmack zu dienen. Die Bedenkenlosigkeit, mit der manche sensationslüsterne Blätter Amerikas in die intimsten Sphären des Privatlebens eindringen, fordert ebenso wenig zu Nachahmung heraus wie die fanatische Verleumdungssucht deutscher kommunistischer Winkelblätter. Aufgabe Amerikas, als der Vormacht der Weltdemokratie, sollte sein, nicht die deutsche Presse in eine amerikanische Schablone zu zwingen, sondern ihr die Möglichkeit zu geben, unter Anknüpfung an ihre besten Traditionen sich nach eigenen Gesetzen zu entwickeln. Wiederherstellung der Pressefreiheit, wie sie vor Hitler bestand und Wiedergutmachung des an der sozialdemokratischen Presse begangenen Unrechts ist dafür erste Voraussetzung.

- - - - -

Die tschechische Emigration

Von einem Landaner Mitarbeiter

sp. Nach den tschechischen Sozialdemokraten u. Nationalsozialisten (Benesch) hat sich nun auch die tschechische Rechte in der Emigration neu konstituiert, und zwar die Nationaldemokraten (Kramarsch-Partei) und Ende September in Paris die Agrar-Partei. Von den grösseren Parteien der Ersten Republik fehlen nur noch die Gewerbe-Partei und die Stribrny-Partei. Alte Namen sind dabei aufgetaucht und es ist interessant zu beobachten, welche Lehren diese Männer aus den letzten Jahren gezogen haben.

Die Benesch-Linie wird unbeirrbar von den Führern der tschechischen Nationalsozialisten vertreten, die so ziemlich vollzählig den Weg ins Ausland gefunden haben. Sie vertreten weiterhin den Standpunkt, dass das in Moskau zwischen Gottwald und Fierlinger vereinbarte "Kaschauer Programm" der Massenkonfiskationen, Deutschenausreibungen, Parteiverbote richtig war, jedoch von den Kommunisten nicht loyal genug eingehalten wurde. Die "Kaschauer Front" zeigt aber schon die ersten Risse. So hat der ehemalige nationalsozialistische Justizminister Dr. Jaroslav Stransky in einer Versammlung der Londoner Exil-Tschechen erklärt, dass das Verbot der tschechischen Agrarpartei ein kapitaler Fehler war. Entsprechend dieser Erkenntnis sind die Nationalsozialisten eifrig bemüht, die gegen ihren Willen wiedererstandene Agrarpartei in eine Art Nationale Front aufzunehmen. Im Rahmen einer solchen Blockbildung hofften sie, die Führung der dritten Emigration behalten zu können. Wie der in London erscheinende "Gasky Boj" (Tschechischer Kampf) meldet, lehnten die Agrarier jede Zusammenarbeit mit den Kaschauer Parteien aber ab und beschlossen, mit dem Londoner "Nationalrat" unter General Prchala die Verbindung aufzunehmen. General Prchala hatte seinerzeit mit Dr. Benesch wegen der Kapitulation im Herbst 1938 gebrochen. In den letzten Monaten hat er Annäherungsversuche an die tschechischen Sozialdemokraten gemacht. Nun scheinen ihm die tschechischen Agrarier, welche die stärkste Partei der Ersten Republik waren, eine Massenbasis anzubieten.

Auch die Gruppe der Nationaldemokraten liegt im Kampf mit den Parteien des Nachkriegs-Regimes, die als "Collaboranten" bezeichnet werden. Ihre publizistische Tribüne ist ebenfalls der "Cesky Boj". Diese Auferstehung der tschechischen Rechten verspricht eine interessante Auseinandersetzung über die Grundlagen und Voraussetzungen der tschechischen Politik überhaupt. Seit die Kommunisten alle anderen Parteien an Todfeindschaft gegen die Deutschen überboten haben, wird wohl auch die Zweckmäßigkeit der Austreibungspolitik in den Bereich der Diskussion gezogen werden. Das Londoner Sprachrohr der von dem ehemaligen Zentralsekretär Vilim geführten tschechischen Sozialdemokraten hat bereits Klage über den Verlust so vieler wertvoller Arbeitskräfte geführt und betont, dass die Verjagung von einigen zehntausend Nazi-Abolivisten genügt hätte. Daraufhin antwortete die Prager Propaganda sofort mit dem Vorwurf, die Männer im Exil stünden mit den Sudetendeutschen wegen deren Heimführung in Verhandlung. Dadurch eingeschüchtert, versicherte der ehemalige Minister Maier in einer Versammlung tschechischer Sozialdemokraten in Paris, man betrachte die Austreibung als vollzogene Tatsache und denke nicht daran, mit Sudetendeutschen zu paktieren. Die tschechischen Rechtsgruppen haben sich in dieser Frage noch nicht festgelegt. Immerhin hat der Londoner "Cesky Boj" in seinen Spalten eine Erörterung über das künftige Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen begonnen. In dem Sündenregister, welches das Blatt den Bonesch-Anhängern vorhält, figuriert auch die Austreibung von drei Millionen Deutschen und 700.000 Ungarn.

Alle diese Diskussionen haben zunächst nur theoretische Bedeutung. Die Gottwald-Regierung sitzt fest im Sattel und zieht die Zügel mit jedem Tage schärfer an. Trotz aller Unzufriedenheit in Lande wagen auch die wildesten Optimisten nicht zu behaupten, dass die kommunistische "Volksdemokratie" in Frag von innen heraus gestürzt werden könnte. Ir-gendwelche unmittelbaren Wirkungen auf die politische Entwicklung in der Tschechoslowakei sind von der Tätigkeit der tschechischen Emigration vorläufig nicht zu erwarten.

Bonn und Hannover

sp. In Bonn ginge es mit der SPD ja ganz gut. Die Leute seien relativ vernünftig, man könne mit ihnen sprechen, aber immer machten sich störend die aggressiven und polemischen Töne aus Hannover bemerkbar, die wieder alles zerschlugen. Es sei zum Verzweifeln. Das tollste in dieser Hinsicht habe sich wieder Herr Dr. Schumacher in seinem in Düsseldorf verlesenen Referat geleistet. Da höre doch die Gemütlichkeit auf. Auch habe sich die SPD bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ganz schrecklich aufgeführt. Das ungefähr ist der Tenor von den CDU-Stimmen, die angeblich, ach so gern, mit einer "vernünftigen SPD" (das heisst, einer, die ihrer, der CDU, Politik deckt) zusammenarbeiten wollen. Auch Jakob Kaiser hat in Tempelhof kürzlich in der Art etwas verlauten lassen.

27. Oktober 48

Dazu sei in aller Bescheidenheit und mit dem schuldigen Respekt vor den Motiven solcher wehleidigen Klagen bemerkt: Der Unterschied liegt nicht zwischen Bonn und Hannover, sondern zwischen Bonn und Frankfurt. In Bonn werden Grundsatzfragen eines künftigen demokratischen Aufbaus in Deutschland diskutiert. Themenkreis und Beratungsgremium tragen stark akademische und professorale Züge. Auf Hochschulen, auch politischen, geht es immer sehr ruhig und vornehm zu. Das böse Hannover hat dagegen nicht das geringste einzuwenden. Das anzunehmen, ist ein Irrtum, wenn nicht eine Unterstellung. Zudem erkennen beide Parteien, SPD wie CDU, ja gegenseitig den demokratischen Grundcharakter ihres Partners bzw. Gegners an.

Die Schärfe der Tonart, die der CDU so auf die Nerven geht - die SPD glaubt ihrerseits erheblich mehr Grund zu Beschwerden in dieser Richtung zu haben - ist die Resonanz auf die praktische Politik der CDU und die wird in Frankfurt und nicht in Bonn gemacht. Das ist die Resonanz auf die Politik, wie sie in der Erklärung Herrn Adenauers gegenüber Frau Maria Meyer-Sevenich zum Ausdruck kommt, "Wenn erst die Eier und die Kartoffeln frei sind, dann werden wir für die CDU die notwendige Wahlpropaganda schaffen." Dieses Thema ist hinreichend behandelt worden. Wir können begreifen, dass es für die CDU sehr angenehm wäre, sie könnte, auf der Basis der eigenen Politik, versteht sich, mit der SPD in Frankfurt so friedlich zusammenarbeiten wie in Bonn. Der letzte aber, der bei der SPD dafür in Frage käme, wäre der Fraktionschef im Parlamentarischen Rat, Carlo Schmid. Das wissen wir nun allerdings sehr genau.

"Einheitsfronten" zwischen CDU und SPD mögen in gewissen Situationen unter stark aussenpolitischen Vorzeichen wie Berlin und Schleswig ihre Berechtigung haben. In Frankfurt möchten wir unter den gegebenen Umständen darauf verzichten und so viel wir wissen, liegt auch Herrn Adenauer gar nichts daran. Auch in einer Demokratie, die nach höherem Willen noch zur Schule gehen soll, sind Gegensätze dazu da, dass sie ausgetragen werden. Mit Sentiments ist gar nichts gewonnen. Auch nicht mit Empfindlichkeiten. Das gilt auch für die Praxis in den Muster-Demokratien jenseits des Kanals und des Atlantiks, wo, so viel wir wissen, solche Gegensätze auch nicht durch das gemeinsame Absingen vaterländischer Lieder aus der Welt geschafft werden.

Hintergründe einer Sparverordnung

sp. Frankfurt, 27. Oktober 48

Die dieser Tage vom bizonalen Verwaltungsrat erlassene zweite Sparverordnung, die im wesentlichen die Versorgungsbezüge der Beamten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf den im Jahre 1937 gültig gewesenen Stand zurückführt, mag den davon Betroffenen überraschend genug gekommen sein. Nicht minder überrascht waren aber die an den Vorarbeiten beteiligten Gewerkschaftskreise und die sachlich interessierten Vertreter der Militärregierung. Der Entwurf der Sparverordnung hat nämlich in jenen Teilen eine Abänderung erfahren, die einen ausgesprochen politischen Akzent tragen.

Der Aussenstehende hat kaum Verständnis dafür, dass für die unter dem Verdacht aktiver nationalsozialistischer Betätigung stehenden Pensionäre nicht schon längst eine allgemein verbindliche Regelung getroffen wurde. Die zweite Sparverordnung hat nun endlich die Entscheidung gebracht, aber in einem ganz anderen Sinne als zu erwarten gewesen wäre. Im Verordnungsentwurf war vorgesehen, dass denjenigen pensionierten Beamten, die als Minderbelastete (Gruppe III) eingestuft worden sind, die in der Zwischenzeit ausgefallenen Versorgungsbezüge nicht nachgezahlt werden. Da in den meisten derartigen Fällen über drei Jahre vergangen sind, ergeben sich beträchtliche Summen. Nachzahlungen bis zu 30.000 DM sind keine Seltenheit.

Bei der Beurteilung der Frage ist zu bedenken, dass ein Nazi, der bei der heutigen Spruchpraxis in die Gruppe III eingestuft wird, immerhin einiges auf dem Kerbholz haben muss. Dann aber ist der Ausfall der Pension auch eine gerechte Busse, wohingegen die Nachzahlung der Bezüge als eine komplette Rehabilitierung zu betrachten ist, die einem derart Belasteten nicht zukommt. Wenn die Spruchkammern das Verbot der Nachzahlung versäumen, so hätte der Bizonale Verwaltungsrat schon eingedenk der leeren Kassen eine solche Sperre verfügen müssen.

Befremdend ist auch, dass der Verwaltungsrat die Bestimmung des Verordnungsentwurfs strich, wonach ein Nationalsozialist, dem durch Spruchkammerbescheid eine Bewährungsfrist gesetzt ist, für deren Dauer er keine Pension erhalten sollte. Eine sonderbare Methode, wenn die nationalsozialistischen Beamten, die Hände auf den Rücken gelegt, durch die Trümmer spazieren und sich im Mühsiggang "bewähren", während sich die anderen schinden müssen, um ihr Dasein zu fristen!

Grotewohls Verfassungs-Sieg

sp. Man entsinnt sich noch des Witzes von den bestbezahlten Sängern der Welt. Es waren die Mitglieder der NSDAP, die einmal im Jahr in der Kroll-Oper in Berlin zusammenkamen, den sogenannten Reichstag bildeten, das Deutschland-Lied und das Horst-Wessel-Lied sangen und dafür im Monat 600 Mark einstrichen.

Gesungen haben die "Volksräte" der Ostzone eigentlich nicht, als sie kürzlich zusammenkamen, weil die Ostzone bei allen "fortschrittlichen" Errungenschaften eine Lücke aufweist: sie hat noch keine volksdemokratische Hymne. Als Ersatz wurde die Einheitlichkeit in Massen-Sprechchören dargetan. Text und Rhythmus waren vorsorglich den "Volksräten" vorher zugeschickt worden. Es war die "Verfassung für eine einheitliche deutsche demokratische Republik", die man grosszügig nicht nur auf die Ostzone beschränkte, sondern eben "einheitlich" dem ganzen deutschen Volk bescherte. Ob die Gebiete jenseits von Oder und Neisse auch dem deutschen Volk gehören, geht aus dem bekanntgewordenen Text leider nicht hervor.

"Herr Grotewohl", so hiess es u.a. in der Einladung an die "Volksräte", "wird auf der Tagung des Deutschen Volksrats den Bericht geben. Bericht und Diskussion müssten dann eine einheitliche Manifestation ergeben, nach der der Deutsche Volksrat in seiner Geschossenho-

sich für eine souveräne, vom Volk selbst-beschlossene deutsche demokratische Verfassung entscheidet."

Grotewohl kam, berichtete und siegte. Vorbehaltlos. Es war "ein erstes historisches Ereignis nach der Kapitulation", wie, Hände an der Hosennaht, der sächsische Justizminister Dickmann (LDP) sagte. Das Volk freilich empfand von der Weihe des Augenblicks wenig, es war weder bei der Verfassung, noch bei der Abstimmung gefragt worden. (m/2/2710/1/he)

Englische Parlamentswahlen schon 1949?

sp. In englischen Regierungskreisen beschäftigt man sich mit Rücksicht auf das erhöhte Gewicht der innen- und aussenpolitischen Probleme mit der Frage, die für 1950 vorgesehenen Parlamentswahlen bereits in den ersten Monaten des Jahres 1949 durchzuführen. Um notfalls wohl vorbereitet in den Wahlkampf gehen zu können, ist die Organisation der Labour Party in den letzten Wochen einer gründlichen Reorganisation unterzogen worden. Für die nächste Zukunft ist ausserdem vom Nationalrat der Arbeit, der sich aus Vertretern aller Abteilungen der Arbeiter-Bewegung zusammensetzt, eine grosse Propaganda-Kampagne beschlossen worden, die gewissermassen als Generalprobe für die nächsten Parlamentswahlen dienen soll. Die Aktion wird mit einer grossen Kundgebung am 17. November in der Austern-Stadt Colchester eingeleitet werden, auf der eine Botschaft des Ministerpräsidenten Attlee verlesen wird und auf der Arbeitsminister Isaac, Transportminister Barnes und ein Vertreter des TUC sprechen werden. Weitere Massenkundgebungen in Aylesbury, Sheffield, Cambridge, Nottingham und Newcastle schliessen sich an. Auch auf diesen Kundgebungen werden Regierungsmitglieder sowie Vertreter der Gewerkschaften und Konsumentenvereinigungen sprechen. (m/B65/2710/1/he)

Widerstandskämpfer können nach USA

sp. Durch die IRO (International Refugee Organisation) ist, wie wir erfahren, vor kurzem die Möglichkeit geschaffen worden, Erwachsene und Kinder aus den verschiedenen Widerstandsbewegungen seit 1939 in die Vereinigten Staaten zu bringen. Das wird zunächst für nur einhundert Erwachsene und mehrere hundert Kinder gelten. Für diese Fälle bedarf es keiner persönlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen und auch keiner finanziellen Unterstützung, weil dafür in den USA ein ausreichender Fonds zur Verfügung steht. Es ist vor allem an solche Familien und Personen gedacht, die in Amerika ein neues Leben beginnen wollen. Ausgenommen sind Mitglieder kommunistischer Organisationen. Beabsichtigt ist, Personen über 16 Jahren nach kurzer Berufsausbildung eine geeignete Beschäftigung nachzuweisen. Besonders begabten Jugendlichen sollen Stipendien für ein Universitätsstudium gewährt werden. (m/1/2710/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau

27. Oktober 1948

sich für eine souveräne, vom Volk selbst-beschlossene deutsche demokratische Verfassung entscheidet."

Grotewohl kam, berichtete und siegte. Vorbehaltlos. Es war "ein erstes historisches Ereignis nach der Kapitulation", wie, Hände an der Hosennaht, der sächsische Justizminister Dickmann (LDP) sagte. Das Volk freilich empfand von der Weihe des Augenblicks wenig, es war weder bei der Verfassung, noch bei der Abstimmung gefragt worden. (m/2/2710/1/he)

----- Englische Parlamentswahlen schon 1949? -----

sp. In englischen Regierungskreisen beschäftigt man sich mit Rücksicht auf das erhöhte Gewicht der innen- und aussenpolitischen Probleme mit der Frage, die für 1950 vorgesehenen Parlamentswahlen bereits in den ersten Monaten des Jahres 1949 durchzuführen. Um notfalls wohl vorbereitet in den Wahlkampf gehen zu können, ist die Organisation der Labour Party in den letzten Wochen einer gründlichen Reorganisation unterzogen worden. Für die nächste Zukunft ist ausserdem vom Nationalrat der Arbeit, der sich aus Vertretern aller Abteilungen der Arbeiter-Bewegung zusammensetzt, eine grosse Propaganda-Kampagne beschlossen worden, die gewissermassen als Generalprobe für die nächsten Parlamentswahlen dienen soll. Die Aktion wird mit einer grossen Kundgebung am 17. November in der Austern-Stadt Colchester eingeleitet werden, auf der eine Dotschaft des Ministerpräsidenten Attlee verlesen wird und auf der Arbeitsminister Isaac, Transportminister Barnes und ein Vertreter des TUC sprechen werden. Weitere Massenkundgebungen in Aylesbury, Sheffield, Cambridge, Nottingham und Newcastle schliessen sich an. Auch auf diesen Kundgebungen werden Regierungsmitglieder sowie Vertreter der Gewerkschaften und Konsumgenössenschaften sprechen. (m/B65/2710/1/he)

----- Widerstandskämpfer können nach USA -----

sp. Durch die IRO (International Refuge Organisation) ist, wie wir erfahren, vor kurzem die Möglichkeit geschaffen worden, Erwachsene und Kinder aus den verschiedenen Widerstandsbewegungen seit 1941 in die Vereinigten Staaten zu bringen. Das wird zunächst für nur einhundert Erwachsene und mehrere hundert Kinder gelten. Für diese Fälle bedarf es keiner persönlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen und auch keiner finanziellen Unterstützung, weil dafür in den USA ein ausreichender Fonds zur Verfügung steht. Es ist vor allem an solche Familien und Personen gedacht, die in Amerika ein neues Leben beginnen wollen. Ausgenommen sind Mitglieder kommunistischer Organisationen. Beabsichtigt ist, Personen über 16 Jahren nach kurzer Berufsausbildung eine geeignete Beschäftigung nachzuweisen. Besonders begabten Jugendlichen sollen Stipendien für ein Universitätsstudium gewährt werden. (m/1/2710/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau